

# Anpassung der Regenwassereinleitungen aus Misch- und Trennkanalisationen im Freistaat Sachsen an den Stand der Technik – Handlungskonzept Regenwasser (HKReWa)

## Präambel

Die allgemein anerkannten Regeln der Technik in Bezug auf die Bewirtschaftung und Behandlung von Regenwetterabflüssen in Oberflächengewässer wurden in Deutschland bereits im Jahr 2020 neu definiert. Da sich das Wasserrecht u. a. am jeweiligen Stand der Technik orientiert, müssen Einleitungen aus Misch- und Regenwasserkanalisationen in öffentliche Oberflächengewässer seitdem neben mengenmäßigen auch stofflichen Anforderungen entsprechen.

Im Freistaat Sachsen sind diese Anforderungen durch einen Erlass der Landesdirektion Sachsen vom 4. Juli 2024 auf verwaltungsrechtlicher Ebene verbindlich geregelt worden. Zeitgleich wurde ein formalisiertes Vorgehen bei der Erfassung vorhandener Regenwassereinleitungen eingeführt.

Daraus ergibt sich für das Landratsamt Bautzen, in seiner Funktion als untere Wasserbehörde, die Aufgabe, eine Datenerfassung aller erlaubnispflichtigen Gewässerbenutzungen aus Regenwasserableitungen in Oberflächengewässer im Landkreis Bautzen zu initiieren.

Betroffen von dieser Allgemeinverfügung sind alle Gewässerbenutzer, deren Einleitung von Misch- oder Regenwasser in ein Oberflächengewässer erlaubnispflichtig im Sinne der Wassergesetze ist. Dies betrifft in der Regel abwasserbeseitigungspflichtige Körperschaften, aber auch Gewerbe- und Landwirtschaftsbetriebe sowie private Einleiter, wenn das Regenwasser mehrerer Grundstücke gemeinsam eingeleitet wird.

Die Versickerung von Niederschlagswasser ist **nicht** Gegenstand der vorliegenden Allgemeinverfügung.

Auf der Grundlage des Erlasses der Landesdirektion Sachsen vom 04.07.2024 (Geschäftszeichen: 41-8618/717/14) in Verbindung mit § 57 Absatz 1 Wasserhaushaltsgesetz, den §§ 6 Abs. 4 und 113 Sächsisches Wassergesetz sowie der Arbeits- und Merkblattreihe DWA-A/M 102 (BWK-A/M 3) „Grundsätze zur Bewirtschaftung und Behandlung von Regenwetterabflüssen zur Einleitung in Oberflächengewässer“, erlässt die untere Wasserbehörde des Landratsamtes Bautzen folgende

## Allgemeinverfügung

1. Die Betreiber von erlaubnispflichtigen Niederschlagswassereinleitungen im Sinne von § 8 Absatz 1 in Verbindung mit § 9 Absatz 2 Wasserhaushaltsgesetz werden aufgefordert, bis zum 31.12.2026 sämtliche Einleitstellen, welche der Ableitung von Niederschlagswasser in ein Gewässer dienen, zu erfassen, zu dokumentieren und der unteren Wasserbehörde digital an [wasser@lra-bautzen.de](mailto:wasser@lra-bautzen.de) zu übergeben. Dabei spielt es keine Rolle, ob die jeweilige Einleitung eine gültige wasserrechtliche Erlaubnis hat oder nicht.  
Zur Datenerfassung ist die Excel Tabelle „HKReWa-Anlage 2“ aus dem Erlass der Landesdirektion Sachsen vom 04.07.2024 zu verwenden.
2. Die Aufgabenträger der Abwasserentsorgung (Abwasserzweckverbände sowie nicht verbandsangehörige Städte und Gemeinden) haben gleichzeitig ihre Abwasserbeseitigungskonzepte mit den erfassten Daten fortzuschreiben und der unteren Wasserbehörde vorzulegen.
3. Die Allgemeinverfügung tritt ab dem Tag nach der Bekanntgabe in Kraft.

## Begründung

A

Bereits im Dezember 2020 wurde die Arbeits- und Merkblattreihe der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. „DWA-A/M 102 - Grundsätze zur Bewirtschaftung und Behandlung von Regenwasserabflüssen zur Einleitung in Oberflächengewässer“ mit den Teilen 1 bis 5 als maßgebliches fachliches Regelwerk für die Bewirtschaftung und Behandlung von Regenwetterabflüssen veröffentlicht, welches diesbezüglich den Stand der Technik definiert. Danach müssen Niederschlagswassereinleitungen künftig nicht nur strengeren hydraulischen (immissionsbezogene Mindestanforderungen nach DWA-M 102-3), sondern auch stofflichen Anforderungen (emissionsbezogene Mindestanforderungen nach DWA-A 102-2) gerecht werden.

Die Landesdirektion Sachsen (LDS) hat mit Erlass vom 04. Juli 2024 diesbezüglich die Anwendung der DWA-A/M 102 verpflichtend für den Freistaat Sachsen eingeführt. Ab sofort richtet sich der wasserrechtliche Vollzug der unteren Wasserbehörde nach dem sogenannten „Handlungskonzept Regenwasser“ (HKReWa).

Im Freistaat Sachsen liegen für viele bestehende Niederschlagswassereinleitungen in Fließ- oder Standgewässer bislang keine wasserrechtlichen Erlaubnisse nach §§ 8 und 9 WHG vor. Der Erlass regelt das stufenweise Vorgehen zur Durchführung von Wasserrechtsverfahren, damit der Stand der Technik eingehalten bzw. erreicht wird. Die LDS hat dazu eine Handlungsempfehlung zur Durchführung von Wasserrechtsverfahren für Niederschlags-/ Mischwassereinleitungen (NWE) entwickelt (siehe Anhang HKReWa Schema). Demnach wird zwischen Erschließung von neuen Siedlungsgebieten (A) und Entwässerung über Bestandsanlagen (B) unterschieden. Die hier getroffenen Regelungen dienen zur Anpassung der Bestandsanlagen an den Stand der Technik.

Im ersten Schritt sind bis zum 31.12.2026 die Grundlagenermittlungen durchzuführen. Dazu ist die untere Wasserbehörde verpflichtet, alle Betreiber von bestehenden erlaubnispflichtigen Niederschlagswassereinleitungen im Landkreis Bautzen aufzufordern, die Erfassung und Dokumentation sämtlicher Einleitstellen in oberirdische Gewässer zu veranlassen, was mit dieser Allgemeinverfügung gegenüber den Gewässerbenutzern erfolgt. Als zweites sind bis Ende 2030 geeignete Maßnahmen zur Verringerung der stofflichen und / oder hydraulischen Belastungen der Gewässer zu ermitteln und festzulegen, wofür die Grundlagenermittlung die Datenbasis darstellt.

## B

Das Landratsamt Bautzen ist in seiner Funktion als untere Wasserbehörde für den Erlass dieses Bescheides sachlich und örtlich zuständig. Die sachliche Zuständigkeit ergibt sich aus den §§ 109 Absatz 1 Nummer 3 und 110 Absatz 1 SächsWG in Verbindung mit der SächsWasserZuVO. Die örtliche Zuständigkeit ergibt sich aus § 1 SächsVwVfZG in Verbindung mit § 3 VwVfG.

Niederschlagswasser unterliegt dem Abwasserbegriff aus § 54 Wasserhaushaltsgesetz (WHG). Daher müssen Niederschlagswassereinleitungen dem Stand der Technik im Sinne von § 57 Absatz 1 Wasserhaushaltsgesetz entsprechen, welcher wiederum u. a. durch die Vorgaben der DWA-A/M 102 - Grundsätze zur Bewirtschaftung und Behandlung von Regenwasserabflüssen zur Einleitung in Oberflächengewässer" mit den Teilen 1 bis 5 definiert wird.

Nach § 6 Absatz 4 SächsWG haben die Wasserbehörden bestehende Erlaubnisse regelmäßig zu prüfen und ggf. anzupassen. Zudem können sie für bestehende Gewässerbenutzungen, die nicht erlaubt sind, nach § 113 SächsWG die nachträgliche Antragstellung verlangen mit dem Ziel, eine wasserrechtskonforme Ausübung durch Erlass einer nachträglichen Erlaubnis zu sichern. Durch den Erlass der Landesdirektion Sachsen vom 04.07.2024 mit Einführung des HKReWa wurde dieser Vorgang für den Freistaat Sachsen zur Anpassung an den Stand der Technik einheitlich geregelt und formalisiert. Um das dort vorgeschriebene Verfahren sicher durchführen zu können, waren die Gewässerbenutzer – zu denen neben den abwasserbeseitigungspflichtigen Körperschaften und anderen institutionellen Benutzern, wie Straßenbaulastträgern,

noch eine unbestimmte Anzahl privater oder gewerblicher Benutzer gehören – zur Abgabe von Bestandsangaben aufzufordern, da nur mit derartigen Angaben die Gesamtheit der Benutzungen bekannt ist und auf ihre Anpassungsnotwendigkeit geprüft werden kann.

Im Ergebnis dieser Überlegungen erschien eine individuelle Aufforderung der einzelnen Gewässerbenutzer nicht sachgerecht, so dass das Mittel der Allgemeinverfügung gewählt wurde. Insbesondere waren eine Beschränkung auf den Kreis der Inhaber von der Wasserbehörde erteilter Erlaubnisse oder gar eine Beschränkung auf eigene Daten der Wasserbehörde nicht möglich, da eine Vielzahl historischer, der Wasserbehörde unbekannter Einleitungen zu gewärtigen war.

Die Aufforderung an die Aufgabenträger der Abwasserbeseitigung, das Abwasserbeseitigungskonzept fortzuschreiben, beruht auf § 51 Absatz 1 Nummer 4, Absatz 2 SächsWG.

### **Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich, in elektronischer Form oder zur Niederschrift an das Landratsamt Bautzen mit Sitz in Bautzen zu richten. Der elektronischen Form genügt ein elektronisches Dokument, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist. Die Adressen und die technischen Anforderungen für die Übermittlung elektronischer Dokumente sind über die Internetseite <https://www.landkreis-bautzen.de/elektronische-kommunikation.php> abrufbar.

Kamenz, den 12.02.2025

Dr. Romy Reinisch

Beigeordnete

## Hinweise

- Der Erlass der Landesdirektion Sachsen kann unter folgendem Link eingesehen und heruntergeladen werden:  
[https://www.wasser.sachsen.de/download/Erlass\\_der\\_LDS\\_HKReWa\\_20240704\\_Rev\\_20250131.pdf](https://www.wasser.sachsen.de/download/Erlass_der_LDS_HKReWa_20240704_Rev_20250131.pdf)
- Bitte senden Sie von der beiliegenden Excel-Tabelle „HKReWa-Anlage 2“ das Deckblatt „Tabelle zur Erfassung der Einleitstellen (ES)“ ausgefüllt bis zum 30.06.2025 an die untere Wasserbehörde zurück. Bei Rückfragen setzen wir uns mit Ihnen in Verbindung.
- Das weitere Vorgehen zur Grundlagenermittlung (Ausfüllen der Excel Tabelle, Erstellen der digitalen Lagepläne) wird dann mit den jeweiligen Ansprechpartnern und der unteren Wasserbehörde abgestimmt.
- Das Handlungskonzept ist übrigens auch Grundlage für die Bewertung laufender Verfahren zur Verbringung von Niederschlagswasser (Bebauungspläne, Straßenbauvorhaben-innerorts und Einzelbauvorhaben).

## **Spezielle Hinweise für Aufgabenträger der Abwasserentsorgung (Abwasserzweckverbände; Städte und Gemeinden)**

- Aufgabenträger der Abwasserentsorgung, welche neben dem Trennsystem zur Niederschlagswasserableitung auch Mischwasserkanalisationen betreiben, werden separat von der unteren Wasserbehörde angeschrieben, da für diese noch weitere Anforderungen aus dem HKReWa zur Umsetzung des Standes der Technik berücksichtigt werden müssen.
- Gemäß dem Erlass der Landesdirektion sowie Nummer 2 dieser Allgemeinverfügung ist die Grundlagenermittlung mit einer Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes zu verbinden. Bei dieser Gelegenheit regen wir eine Prüfung an, ob die absehbaren Regelungen der EU-Kommunalabwasser-Richtlinie (KARL) – hier insbesondere die Verminderung der Untergrenze für Orte im Verdichtungsgebiet auf 1.000 Einwohner – zu einer Anpassung der Entsorgungsweise zentral vs. dezentral führt.
- Die aktualisierten ABK bitten wir uns in digitaler Form zu übergeben, wobei die Darstellung der wesentlichen Anlagen der Abwasserbeseitigung nach § 51 Absatz 1 Nummer 1 SächsWG sowie die Darstellung zentral bzw. dezentral entwässerter Gebiete nach § 51 Absatz 1 Nummer 2, 3 SächsWG in einem GIS-lesbaren Format übergeben werden soll.